



Nr. 4

26. Januar 2023

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

Bund und Kommunen

Schwierige Tarifverhandlungen – Beschäftigte starten Proteste

Wissenschaftszeitvertragsgesetz

Hochschulen: Immer noch zu viele Befristungen

dbb frauen

Personalmangel: Frauenförderung ist unverzichtbar

dbb frauen

Vaterschaftsurlaub: Familienfreundliche Politik fördert Frauenkarrieren

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Thüringen

Gesetzentwurf sieht Anhebung der Bezüge und Sonderzahlungen vor

Deutscher Philologenverband (DPhV)

Erhöhung der Regelstundenzahl für Lehrkräfte strikt abgelehnt

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)

Weltzolltag: BDZ fordert Zeitenwende auch beim Zoll

Verbandes Bildung und Erziehung (VBE)

Tag der Handschrift: „Tippst Du noch oder schreibst Du schon?“

Namen und Nachrichten

aktuelle

Informationsdienst des dbb

Bund und Kommunen

Schwierige Tarifverhandlungen – Beschäftigte starten Proteste

Die Einkommensrunde für die Beschäftigten von Bund und Kommunen ist mit dem Beginn der Tarifverhandlungen am 24. Januar 2023 in Potsdam in die heiße Phase gestartet. Weil die Arbeitgebenden kein Angebot vorlegten, gibt es erste Proteste.

Direkt vor dem Beginn der Verhandlungen in Potsdam hatte der dbb seine Forderung bekräftigt und Führung angemahnt. „Der Bundeskanzler hat es doch perfekt formuliert: Die Kolleginnen und Kollegen des öffentlichen Dienstes sind die Gestalter der Zeitenwende und gerade weil sie ihre Kraft in den Dienst der Allgemeinheit stellen, haben sie Anspruch auf eine faire und wettbewerbsfähige Bezahlung, vor allem in den unteren Tarif- und Besoldungsgruppen“, zitierte der dbb Chef aus Olaf Scholz' Rede beim dbb Gewerkschaftstag im November 2022.

Bereits am Tag zuvor hatte Silberbach im Interview mit der WirtschaftsWoche klargestellt: „Ohne eine massive Lohnsteigerung wird der Personalmangel im öffentlichen Dienst eskalieren. Es fehlen uns bereits heute rund 360.000 Fachkräfte. Und in den kommenden zehn Jahren gehen 1,3 Millionen Beschäftigte in den Ruhestand. Da müssen wir gegensteuern.“ Der dbb fordert deshalb eine Erhöhung der Entgelte um 10,5 Prozent, mindestens aber 500 Euro. Der Bund soll außerdem die Besoldung und Versorgung der Beamtinnen und Beamten entsprechend erhöhen. Silberbach: „Die vollständige Übertragung ist nicht verhandelbar, der Tarifabschluss muss zeit- und inhalts-gleich übernommen werden. Zumal die Alimentation der Beamtinnen und Beamten ja gerade ohnehin eine Riesenbaustelle ist und vom Bundesverfassungsgericht als nicht verfassungskonform bewertet wird.“ Hinsichtlich möglicher Warnstreiks legte sich der dbb Chef dabei nicht fest: „Es hat in den vergangenen Jahren keine einzige Tarifrunde gegeben, in der wir nicht mit Streikaktionen politischen Druck aufbauen mussten“, erklärte Silberbach. „Ich hoffe darauf, dass der Kanzler ein Machtwort spricht, sollte sich das Finanzministerium querstellen.“

Nach dem ernüchternden Start der Verhandlungen ohne konkretes Angebot der Arbeitgebenden verurteilte der dbb Bundesvorsitzende die Blockade von Bund und Kommunen und kündigt Proteste an. „Bund und Kommunen bringen das Kunststück fertig, gegen Tarifrunden zu wettern, die sie selbst immer wieder erzwingen. Wir brauchen ein verhandlungsfähiges Angebot und nicht diese Rituale der Res-

pektlosigkeit“, sagte Silberbach. „Die Kolleginnen und Kollegen verlangen zu recht, dass ihre Reallohnverluste ausgeglichen werden. Es kann nicht sein, dass die, die uns so sicher durch die Mehrfachkrisen der letzten Jahre geführt haben, jetzt auch noch Zeche dafür zahlen sollen. Das erzeugt Frust und der wird sich auf Straßen und in Betrieben zeigen“, kündigte der dbb Chef an.

Und so demonstrierten Bundespolizisten bereits am 25. Januar 2023 spontan vor dem Bundesinnenministerium und fordern Wertschätzung „in barer Münze“. „Unser Verhandlungsführer Ulrich Silberbach hat gestern in Potsdam diese ‚Rituale der Respektlosigkeit‘ kritisiert“, erklärte dort Heiko Teggatz, Bundesvorsitzender der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft und dbb Vize. „Recht hat er! Gerade die Kolleginnen und Kollegen der Bundespolizei, die immer wieder, auch in gefährlichen Einsätzen den Kopf für diesen Staat hinhalten, erwarten von Nancy Faeser im Gegenzug Respekt und Anerkennung, nicht nur in Worten, sondern auch in barer Münze.“

In den kommenden Tagen und Wochen wird es überall im Land und über alle betroffenen Berufe im öffentlichen Dienst hinweg Protestaktionen und Warnstreiks geben, um den Druck auf die Arbeitgeber von Bund und Kommunen zu erhöhen. „Das ist der von den Arbeitgebern erzwungene nächste Schritt“, ergänzte Volker Geyer, dbb Fachvorstand Tarifpolitik. „Für die von Warnstreiks betroffenen Bürgerinnen und Bürger tut es uns leid, aber wir müssen den Arbeitgebern jetzt klarmachen, dass warme Worte nicht reichen, dass die Lebenshaltungskosten dramatisch steigen und dass die Einkommensentwicklung damit Schritt halten muss. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit, des Respekts und der Wettbewerbsfähigkeit des öffentlichen Dienstes.“

Auch die dbb Jugend war mit dem Auftakt der Verhandlungen unzufrieden. „Das war ein Satz mit X – Danke für nichts“, zeigte sich dbb Jugend Chef Matthäus Fandrejewski nach dem ergebnislosen Ende der ersten Verhandlungsrunde schwer enttäuscht. „Bund und Kommunen sind scheinbar wild entschlossen, die Zukunft zu verschlafen“, machte Fandrejewski seinem Unmut Luft. „Anstatt zügig zu einem

annehmbaren Ergebnis zu kommen, das ein klares Attraktivitätssignal an die Beschäftigten und potenzielle Berufsanfänger sendet, stimmt die Arbeitgeberseite wieder das ewige Lamento der Unbezahlbarkeit an, das uns auch in den kommenden Wochen von Verhandlungstermin zu Verhandlungstermin begleiten, aber keinen einzigen produktiven Schritt voranbringen wird. Das ist fahrlässig hoch drei, denn der öffentliche Dienst und die Menschen, die dort arbeiten, fahren schon jetzt auf der letzten Rille. Wir brauchen einen unmittelbaren

Motivationsschub und ein klares Bekenntnis zu einem modernen und funktionsfähigen öffentlichen Dienst. Wer dazu nicht bereit ist, muss den Beschäftigten, Wirtschaft und Gesellschaft reinen Wein einschenken und sagen, was genau denn künftig überhaupt noch bezahl- und damit leistbar sein soll. Dass das Land dann nicht gerade beruhigen und dauerhaft krisenfest machen wird, liegt auf der Hand.“

Alle Informationen zum Thema gibt es unter www.dbb.de/einkommensrunde.

Wissenschaftszeitvertragsgesetz Hochschulen: Immer noch zu viele Befristungen

Die Evaluation des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG) zeigt für den dbb: Die Beschäftigungsverhältnisse des wissenschaftlichen Personals müssen verbessert werden.

Die Politik hat bereits in der Vergangenheit versucht, den Fehlentwicklungen in der Befristungspraxis entgegenzuwirken und dadurch die Beschäftigungsverhältnisse des wissenschaftlichen Personals zu verbessern. Die Evaluation des WissZeitVG belegt, dass dabei jedoch nur geringfügige Erfolge erzielt wurden. Mehr als zwei Drittel des hauptberuflich wissenschaftlichen Personals an Universitäten ist demnach befristet beschäftigt, was bei den Betroffenen zu Unsicherheiten in sämtlichen Lebensbereichen führt. „Eine Befristung folgt der nächsten, die Familienplanung wird aufgeschoben, Kredite sind nur schwer zu erhalten, und die Beschäftigung ist durch ein starkes Abhängigkeitsverhältnis geprägt“, kritisierte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach am 23. Januar 2023.

Angesichts der geplanten Reform des WissZeitVG fordert der dbb in einer Stellungnahme eine auskömmliche Grundfinanzierung an den Hochschulen. Silberbach: „Es kann nicht sein, dass wir in unserem ressourcenarmen Land von einem ‚Wissenschaftsprekariat‘ sprechen müssen. Wer angemessene Beschäftigungsbedingungen an unseren Hochschulen und den akademischen Nachwuchs fördern möchte, muss für eine bessere Grundfinanzierung sorgen. Sie ist zentrale Voraussetzung für die erforderliche nachhaltige Personalausstattung und ausreichend Arbeitsstellen für die Verrichtung von Daueraufgaben. Nur so können sich die Beschäftigten mit einer Qualifizierungsbefristung auf ihre eigentliche Aufgabe konzentrieren: eben ihre Qualifizierung.“

Die entsprechende dbb Stellungnahme gibt es auf dbb.de als PDF.

dbb frauen Personalmangel: Frauenförderung ist unverzichtbar

Um die Folgen des demografischen Wandels abzumildern, müssen sich insbesondere die Rahmenbedingungen für die Erwerbstätigkeit von Frauen verbessern – gerade im öffentlichen Dienst.

„In Deutschland fehlen Arbeitskräfte an allen Ecken und Enden und natürlich auch im öffentlichen Dienst. Das größte Beschäftigungspotenzial hierzulande liegt in der Steigerung der Erwerbstätigkeit von Frauen. Das muss der Staat nicht nur bei der Gewinnung von Nachwuchskräften berücksichtigen, sondern auch bei der Personalentwicklung. Wir müssen die Potenziale der Frauen heben, in ihre Aus- und

Weiterbildungen investieren und Hindernisse beim Aufstieg in Führungspositionen ein für alle Mal beseitigen. Gerade der öffentliche Dienst hat hier auch eine Vorbildfunktion“, sagte dbb Vize und dbb frauen Vorsitzende Milanie Kreutz am 20. Januar 2023 nach einem Treffen mit Sebastian Hartmann, dem innenpolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.

Vor dem Hintergrund der jüngsten Angriffe auf Einsatzkräfte rückte Kreutz grundsätzlich das Thema Gewalt gegen Frauen erneut in den Fokus. Hier seien neben der systematischen Erfassung weitergehende Maßnahmen erforderlich. „Gewaltverbrechen gegen Frauen dürfen nicht einfach als Einzelfälle in der Kriminalstatistik versinken. Ein Angriff auf eine Frau, weil sie eine Frau ist, ist ein Angriff auf die Würde und die Freiheit unserer Gesellschaft

insgesamt. Wenn Frauen sich in ihren eigenen vier Wänden, am Arbeitsplatz, auf der Straße oder in der Tiefgarage nicht sicher fühlen können, dann ist das ein gesamtgesellschaftliches Problem, das wir dringend angehen müssen. Verbrechen müssen strukturell vorgebeugt, Opfer geschützt und Straftäter mit aller Härte verfolgt werden“, erklärte die dbb frauen Chefin.

dbb frauen

Vaterschaftsurlaub: Familienfreundliche Politik fördert Frauenkarrieren

Die dbb bundesfrauenvertretung begrüßt die Ankündigung der Bundesregierung, die zweiwöchige Partnerfreistellung nach der Geburt eines Kindes zügig umzusetzen.

„Der so genannte Vaterschaftsurlaub nach der Geburt eines Kindes ist nicht nur eine unmittelbare Entlastung für junge Familien, sondern auf lange Sicht auch ein wichtiger Schritt für bessere Chancen von Müttern auf dem Arbeitsmarkt“, sagte die Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung und stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Milanie Kreutz am 23. Januar 2023 in Berlin. Die Gesetzesänderung sei wichtig, um Väter von Anfang an aktiv an der Erziehung des Kindes teilhaben zu lassen: „Das stärkt die Bindung zwischen Vater und Kind und bricht gängige Rollenbilder auf. Wir signalisieren damit: Die Verantwortung für Kindererziehung liegt nicht nur bei den Müttern.“

Allerdings komme die Einsicht der Bundesregierung recht spät, denn sie setze damit lediglich eine EU-Richtlinie vom Juli 2022 um, wegen der bereits ein Vertragsverletzungsverfahren seitens der EU-Kommission gegen Deutschland eingeleitet worden war. „Richtig wäre es deshalb, das Vorhaben noch in diesem Jahr umzusetzen und nicht erst wie geplant 2024.“ Das gelte insbesondere, da eine weltweite Studie des Beratungsunternehmens

Ernst & Young und dem Peterson-Institut für Internationale Wirtschaft ergeben habe, dass die Länder mit dem höchsten Anteil von Frauen in Führungspositionen Vätern mehr Freistellung nach der Geburt des Kindes einräumen. „Es gibt offensichtlich eine deutliche Korrelation zwischen familienfreundlicher Politik und dem beruflichen Erfolg von Frauen. In Ländern, die Eltern mehr Unterstützung bei der Geburt und Erziehung anbieten, ist der Anteil von Frauen in Führungspositionen nachweislich höher. Für echte und nachhaltige Geschlechtergerechtigkeit in der Arbeitswelt muss der Staat wichtige Stellschrauben drehen. Die Partnerfreistellung nach der Geburt ist eine davon.“

Hintergrund

Die Bundesregierung hat ihr Ziel, sowohl die Bezugsdauer als auch die Väterbeteiligung an der Elternzeit und am Elterngeld zu steigern, am 23. Januar 2023 in der Antwort (20/5036) auf eine Kleine Anfrage (20/4777) der Unionsfraktion bekräftigt.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Thüringen

Gesetzentwurf sieht Anhebung der Bezüge und Sonderzahlungen vor

Die Bezüge der Beamtinnen und Beamten, Anwärterinnen und Anwärter, Richterinnen und Richter sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger sollen rückwirkend zum Anfang des Jahres 2023 um 3,25 Prozent steigen. Dies sieht ein Gesetzentwurf der Landesregierung vor, der diese Woche in den Thüringer Landtag eingebracht wurde.

Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger sollen zudem zur Abmilderung der gestiegenen Verbraucherpreise im Zeitraum vom 1. Januar 2023 bis zum Ablauf des 31. Dezember 2023 eine monatliche Sonderzahlung erhalten.

Im Regierungsentwurf, der federführend vom Ressort der Thüringer Finanzministerin Heike Taubert erstellt wurde, heißt es: „Wegen der bestehenden Inflation, die sich vor allem in der zum 1. Januar 2023 vorgesehenen Erhöhung der Regelsätze der Grundsicherung, der steigenden Kosten der Unterkunft und insbesondere bei den Energiepreisen manifestiert, besteht im Ergebnis der Überprüfung der Verfassungsgemäßheit der Alimentation anhand der

Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts signifikanter Anpassungsbedarf. Aufgrund der Beobachtungspflicht und der Berechnungsvorgaben des Bundesverfassungsgerichts ist es aus Fürsorgegesichtspunkten geboten, bereits im Vorfeld eine prognostische Prüfung für das Jahr 2023 durchzuführen und entsprechende besoldungsrechtliche Regelungen vorzusehen.“

Im Gesetzentwurf ist auch eine weitere Erhöhung der Familienzuschläge ab dem dritten Kind vorgesehen. Alle diese Erhöhungen sollen jedoch mit der nächsten Besoldungsanpassung aufgrund des nächsten Tarifabschlusses verrechnet werden.

Deutscher Philologenverband (DPhV)

Erhöhung der Regelstundenzahl für Lehrkräfte strikt abgelehnt

Der DPhV spricht sich deutlich gegen eine Erhöhung der Regelstundenzahl für Lehrkräfte nach dem Vorbild Sachsen-Anhalts aus.

„Die Erhöhung des Arbeitspensums ist keine Lösung für den gravierenden Lehrkräftemangel, sondern ein weiteres Hindernis auf dem Lösungsweg“, kritisierte die DPhV Bundesvorsitzende Susanne Lin-Klitzing am 23. Januar 2023. Eine weitere Erhöhung der Arbeitsbelastung würde nicht dazu führen, dass sich mehr Menschen für den Beruf des Lehrers oder der Lehrerin begeistern. Des Weiteren arbeiteten Lehrkräfte meist sowieso über ihr Pensum hinaus, ohne dafür einen Ausgleich zu erhalten.

Lin-Klitzing weiter: „In Sachsen-Anhalt wird jetzt politisches Versagen auf dem Rücken der Lehrkräfte sowie der Schülerinnen und Schüler ausgetragen. Wir tragen eine weitere Erhöhung der Regelstundenanzahl für Lehrkräfte nicht mit. Das Maß ist übervoll!“ Der Hintergrund: Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) hat nach den Winterferien verpflichtende Mehrarbeit für alle Lehrkräfte in

seinem Bundesland angeordnet. Alle Lehrkräfte in Sachsen-Anhalt sollen nun noch eine Unterrichtsstunde mehr unterrichten.

Der Deutsche Philologenverband ruft alle Kolleginnen und Kollegen deshalb dazu auf, nur noch genauso viel zu arbeiten wie gesetzlich vorgeschrieben. Lin-Klitzing: „40 Stunden als Vollzeitlehrkraft an fünf Tagen die Woche. Als Teilzeitlehrkraft entsprechend weniger. Die Zeit der pädagogischen Hingabe ist vorbei, wenn das Land Sachsen-Anhalt die Lehrkräfte nun noch weiter belasten will.“ Der Verband fordert alle Kultusministerinnen und -minister dringend dazu auf, sich an den Maßnahmen aus Magdeburg kein Beispiel zu nehmen.

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ) **Weltzolltag: BDZ fordert Zeitenwende auch beim Zoll**

Der Weltzolltag am 26. Januar 2023 steht unter dem Motto „Förderung der nächsten Generation“. Der BDZ teilte dazu mit: „Nie waren die Herausforderungen für unsere Zollbeamtinnen und Zollbeamten höher als heute. Es gilt, handelspolitische Umbrüche professionell zu begleiten. Es gilt, Wirtschaftssanktionen in der Praxis umzusetzen. Es gilt, das stetig ansteigende Volumen an Warensendungen z.B. durch E-Commerce abzufertigen. Zugleich wird der klassische Aufgabenbereich des Zolls immer mehr von den Folgen und der Bekämpfung organisierter Kriminalität überschattet.“

Weil jedes einzelne Hauptzollamt unter Druck steht, macht der BDZ Bundesvorsitzende Dieter Dewes deutlich: „Es darf nicht sein, dass, ähnlich wie bei der Bundeswehr, Lücken durch Versäumnisse entstehen oder verschleppte politische Entscheidungen auf dem Rücken unserer Zollbeamtinnen und Zollbeamten ausgeglichen werden. Als Einnahmeverwaltung des Bundes kann der Zoll den kommenden Herausforderungen nur gerecht werden, wenn personell wie materiell massiv aufgerüstet wird und den Beschäftigten in jeder Dienststelle bessere Perspektiven geboten werden.“

Denn neben dem Kerngeschäft des Zolls, der Abfertigung des grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungsverkehrs, rücke zunehmend die Bekämpfung organisierter Kriminalität in den Fokus. So nehme der Drogenschmuggel sprunghaft zu. „Auch hier steht eine Zeitenwende an, da seit über 20 Jahren nicht in den Zollfahndungsdienst und die mobilen Kontrolleinheiten investiert wurde. Obwohl allen klar ist, dass mit der derzeitigen Personalsituation eine flächendeckende Präsenz nicht gewährleistet werden kann, beobachten wir aktuell nur Vorschläge zur weiteren Verwaltung des Mangels. Erhöhtem Bedarf an einer Stelle wird man aber nicht durch das Aufreißen neuer Löcher an anderer Stelle gerecht,“ unterstreicht Dewes mit Blick auf die geplante Verlagerung von Personal an die nordwestli-

che Grenze. Neben einer höheren bundesweiten Kontrolldichte sind aus Sicht des BDZ außerdem neueste Technik beispielsweise in der digitalen Forensik und bessere Vernetzung mit anderen Sicherheitsbehörden Voraussetzungen für mehr Fahndungserfolge.

Mit Blick auf die zu Anfang des Jahres neu bei der Generalzolldirektion eingerichtete Zentralstelle für Sanktionsdurchsetzung (ZfS) warnt der BDZ weiterhin vor der Erwartungshaltung, dass der Zoll quasi im Alleingang komplizierte russische Firmenverflechtungen und deren sanktionswidriges Treiben in der EU aufdecken könne. Die Bekämpfung von Geldwäsche und Finanzkriminalität insbesondere im sogenannten Nicht-Finanz-Sektor setze vielmehr eine sinnvolle bundesweite Neuaufstellung der Behörden in diesem Bereich voraus, zu der die Zollverwaltung ihren Beitrag leisten könne.

Hintergrund:

Jährlich findet am 26. Januar der Weltzolltag statt, der von der Weltzollorganisation (WZO) getragen wird. Die WZO zeichnet hierzu jährlich Beschäftigte und Projekte der Zollverwaltungen der 184 Mitgliedsstaaten aus. Im Jahr 2023 steht der Weltzolltag unter dem Motto „Förderung der nächsten Generation: Förderung einer Kultur des Wissensaustauschs und des Berufsstolzes im Zollwesen“.

Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) **Tag der Handschrift: „Tippst Du noch oder schreibst Du schon?“**

„Eins steht fest: Handschreiben ist mehr als das Schreiben mit der Hand, mehr als eine überholte Kulturtechnik“, sagt der VBE Chef Gerhard Brand zum Internationalen Tag der Handschrift am 23. Januar 2023.

„Es hat positive Effekte auf die Gehirnfunktion, löst einzigartige Reize aus und sorgt für die Entwicklung und Vernetzung von Synapsen, fördert Rechtschreibung, Lesekompetenz, Textverständnis und den generellen Wissenserwerb. Kurz: Es legt Pfade im kindlichen Gehirn an, die ansonsten unbeschriftet blieben

und entfaltet seine Wirkung auf den gesamten Bildungs- und Lernprozess der Schülerinnen und Schüler“, erklärte Brand.

Um diese Bedeutung wissend, hat der VBE in Kooperation mit dem Schreibmotorik Institut

nach 2019 auch im Jahr 2022 Lehrkräfte danach befragt, wie es um die Handschreibfähigkeiten der Schülerinnen und Schüler bestellt ist und dabei einen Fokus auf die Folgen der pandemiebedingten Schulschließungen gelegt. Kern der Ergebnisse: Schülerinnen und Schüler, die sich bereits vor der Pandemie mit dem Handschreiben schwertaten, wurden weiter abgehängt. Die drei Hauptprobleme: Schwierigkeiten bei der Schreibstruktur, im Tempo des Handschreibens sowie bei der Leserlichkeit. Hierzu Brand: „Es wird immer deutlicher, wie sehr die Folgen der Pandemie Bildungsgerechtigkeit verschärft haben. Es braucht dringend effektive Unterstützung für betroffene Schülerinnen und Schüler.“

Brand nimmt die Politik in die Verantwortung und fordert Unterstützung für Lehrkräfte: „Die Probleme sind nicht vom Himmel gefallen. Jahrelange Unterfinanzierung und ein immer dramatischerer Mangel an Lehrkräften erschweren individuelle Förderung, wie sie für das Erlernen einer Handschrift unerlässlich ist. Hinzu kommen aktuell die Herausforderungen bei der Beschulung geflüchteter Kinder und Jugendlicher aus Ukraine, Syrien oder Afghanistan und der anhaltend hohe Krankenstand unter Lehrkräften durch Corona und Grippe. Politik muss schnellstens geeignete Ideen für die Gewinnung neuer Lehrkräfte entwickeln und damit aufhören, den Schulen immer mehr Aufgaben aufzuladen, ohne die notwendigen Ressourcen für eine gelingende Umsetzung mitzuliefern.“

Namen und Nachrichten

Auch die 110 Tarifbeschäftigten im Rettungsdienst der Berliner Feuerwehr erhalten künftig eine Zulage. Sie beläuft sich im Jahresdurchschnitt auf bis zu 450 Euro monatlich und gilt rückwirkend ab 1. Dezember 2022. Die Regelung ist bis zum 31. Dezember 2025 befristet. Eine vergleichbare Zulage für die beamteten Einsatzkräfte im Rettungsdienst gibt es bereits seit 1. Dezember 2022. Danach wird für jede berichtspflichtige Alarmierung ein Betrag von 5 Euro gewährt, um die besonderen Belastungen aufgrund stetig steigender Einsatzzahlen abzugelten. Eine Gleichbehandlung der Tarifbeschäftigten im Rettungsdienst ist erst nach

Zustimmung der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) möglich geworden, die Mitte Januar im zweiten Anlauf erreicht wurde. Die Höhe der Pauschale für die Tarifkräfte entspricht nach Berechnungen der Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport dem Betrag, den beamtete Dienstkräfte durchschnittlich erzielen. Dazu **dbb** Landeschef Frank Becker am 22. Januar 2023: „Ich freue mich, dass die Gleichbehandlung der Tarifkräfte gelungen ist, ohne dass Berlin in einen neuerlichen Konflikt mit der TdL geraten ist.“

Termine:

22. - 23. Februar 2023,

2. Runde Tarifverhandlungen Bund und Kommunen

Weitere Informationen unter www.dbb.de/einkommensrunde

28. - 30. März 2023,

3. Runde Tarifverhandlungen Bund und Kommunen

Weitere Informationen unter www.dbb.de/einkommensrunde

24. - 25. April 2023,

5. dbb forum Inklusion und Teilhabe

Weitere Informationen unter www.dbb.de (Link: <https://www.dbb.de/veranstaltungen/forum-inklusion-und-teilhabe.html>)

24. - 25. April 2023,

14. Forum Personalvertretungsrecht

Weitere Informationen folgen.